Nr. 53. 24. Jahrgang

Berlin, 30. Dezember 1916

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO.16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg. Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg. Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Ein offenes Wort.

In der deutschen Gewerkschaftsbewegung sind in letzter Zeit Spuren einer Strömung zutage getreten, die unseres Erachtens ernste Beachtung verdienen. Wir halten es nicht für richtig, aus unangebrachter Rücksichtnahme die Augen vor Dingen zu schließen, die zunächst vielleicht klein und bedeutungslos erscheinen. Es ist unter allen Umständen nützlich, auszusprechen, was ist, und nicht abzuwarten, bis sich das Fünklein zur Flamme auswächst und unser Haus von einer Feuersbrunst bedroht wird.

In unseren Organisationen ist es nicht so, wie es sein sollte. Der Geist der Zwietracht geht um. Der unselige Zwist, der die sozialdemokratische Partei erschüttert, beginnt seine Wirkung auch in den Gewerkschaften zu zeigen. Es sei gern zugegeben, daß die Träger der neuen Gedanken von den besten Absichten geleitet sind, aber ihr Eifer macht sie blind gegen die Folgen ihres Tuns. Sie glauben, die Sache der Arbeiterschaft zu fördern, aber sie besorgen unbewußt die Geschäfte unserer bittersten Feinde. Mit innigem Behagen verfolgen diese die Entwicklung der Dinge und freuen sich auf den Augenblick, in dem die starken Organisationen der Arbeiter, ausgehöhlt durch inneren Streit, zusammenbrechen, die Arbeiter eine leichte Beute ihrer Widersacher werden. Diese Hoffnung wird freilich getäuscht werden. Die Arbeiterschaft wird sich noch rechtzeitig auf sich selbst besinnen und es nicht zum Aeußersten kommen lassen. Besser aber ist es, schon den Anfängen zu wehren und nicht zu warten, bis das Gift weitergefressen und sich dem ganzen Körper mitgeteilt hat.

Auf den Streit in der sozialdemokratischen Partei, auf seine Ursachen und seine Folgen brauchen wir hier nicht näher einzugehen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß Berlin ein Hauptzentrum dieses Streites ist. Hier hat er recht häßliche Formen angenommen, und seitdem der Streit auch ein solcher um das Parteiorgan geworden ist, wird er mit besonderer Erbitterung geführt. Der „Vorwärts" ist nach seinem Titel örtliches Organ für Berlin, zugleich aber auch Zentralorgan der Partei. Er entsprach den Wünschen der Mehrzahl der Berliner Parteigenossen, als er gegen den Parteivorstand und die von der Mehrheit der Parteimitglieder in Deutschland gebilligte Politik die heftigste Opposition machte. Jetzt ist der „Vorwärts" dem Einfluß der örtlichen Berliner Parteiinstanzen entzogen; er untersteht dem Parteivorstand, und er wird als das Zentralorgan der Partei im Sinne der Parteimehrheit redigiert.

Die Umstände, unter welchen sich der Richtungswechsel des Zentralorgans vollzogen hat, haben in Berlin ungeheure Erbitterung hervorgerufen. Wir wollen diese Umstände hier nicht näher erörtern, wir erwähnen die Tatsachen nur soweit, als sie zum Verständnis der Strömungen in den Gewerkschaften erforderlich sind. In der Ueberzeugung, von der anderen Richtung vergewaltigt worden zu sein, haben die örtlichen Berliner Parteiinstanzen beschlossen, den „Vorwärts" zu boykottieren. Mit großem Eifer, wenn auch nicht mit dem erwarteten Erfolg, wurde eine Agitation entfaltet, um die Arbeiter zu veranlassen, das Abonnement auf den „Vorwärts" aufzugeben. Als Ersatz wurde zwar die Bestellung auswärtiger Parteiblätter empfohlen, aber es ist leicht zu verstehen, daß den Hauptnutzen von dem „Vorwärts"-Boykott die bürgerlichen Tageszeitungen hatten.

Insoweit geht der Streit die Gewerkschaften nichts an, aber er wurde von den Propagandisten des Boykotts alsbald in die Gewerkschaften getragen. In den Berliner Filialen verschiedener Gewerkschaften wurde beantragt, dem „Vorwärts" die Anzeigen zu entziehen, und in der Generalversammlung unserer Berliner Verbandsmitglieder am 8. Dezember wurde beschlossen, den „Vorwärts" nicht mehr als Publikationsorgan zu benutzen. Es wurde offen ausgesprochen, daß mit diesem Beschluß beabsichtigt sei, den „Vorwärts", den man am liebsten ganz vernichten möchte, nach Möglichkeit zu schädigen. Ob es klug ist, so gegen das einzige täglich erscheinende Arbeiterblatt in Berlin vorzugehen, das von jeher und jetzt mit besonderer Intensität die Interessen der Arbeiter und die der Gewerkschaften wahrgenommen hat, wollen wir nicht untersuchen, aber es ist notwendig, sich die Wirkung des Beschlusses auf unsern Verband zu vergegenwärtigen.

Bei der Größe der Stadt und der großen Zahl von Mitgliedern in Berlin und Vororten spielt sich hier das Verbandsleben nicht in den gleichen Formen ab, wie das in kleineren Städten möglich ist. Die Organisation ist in eine Menge Zweige verästelt. Die entscheidenden Beschlüsse werden von der Generalversammlung gefaßt, die aus den Delegierten der einzelnen Branchen bestehen. Diese gliedern sich zum Teil wieder in Unterabteilungen, den einzelnen Stadtteilen entsprechend. Daneben besteht ein feingegliederter Vertrauensmännerapparat, durch welchen die Verbindung zwischen Ortsverwaltung und den einzelnen Werkstätten aufrechterhalten wird. Eine sehr wichtige Rolle für das Funktionieren des Apparates spielten bisher die Anzeigen der Verwaltung im „Vorwärts". Jedes Mitglied wußte, daß es nicht nur die Einladung zu den verschiedenartigen Versammlungen, sondern auch Mitteilungen über Differenzen in einzelnen Betrieben und alles, was ihm sonst zu wissen wichtig ist, aus dem „Vorwärts" erfährt. Fällt das jetzt fort, dann verliert der „Vorwärts" nicht nur Inseratengebühren; es ist auch denkbar, daß einzelne Mitglieder das Interesse am „Vorwärts" verlieren. Beides Momente, die im Sinne des verhängten Boykotts wirken.

Den schwersten Schaden hat aber unser Verband. Die Verbindung zwischen den Mitgliedern und zwischen Verwaltung und Mitgliedern wird gelockert. Als Ersatz für die Inserate im „Vorwärts" sollen künftig die Versammlungen in der „Holzarbeiter-Zeitung" angezeigt werden. Wenn das dazu beitragen würde, daß das Verbandsorgan von den Berliner Kollegen aufmerksamer gelesen wird, dann wäre das ja recht erfreulich, aber die Anzeigen in der Tageszeitung werden dadurch nicht ersetzt. Liegt doch zwischen der redaktionellen Fertigstellung der „Holzarbeiter-Zeitung" und ihrer Zustellung an die Mitglieder eine volle Woche, während die Notwendigkeit, eine Mitteilung an die Mitglieder zu richten, mitunter sehr plötzlich eintritt. Dazu kommt noch, daß der Vertrauensmännerapparat, der ein wichtiges Bindemittel zwischen den Kollegen darstellt, in der gegenwärtigen Kriegszeit nicht so funktioniert, wie man es wünschen möchte. Wir halten deshalb den Beschluß vom 8. Dezember für eine Schädigung der Verbandsinteressen. Wir fürchten, daß er zu einer Lockerung des Zusammenhaltes unter den Mitgliedern und zu Mitgliederverlusten führen wird. Das sollte in der gegenwärtigen Zeit ganz besonders vermieden werden.

Wir glauben nicht, daß die Kollegen, die den unglücklichen Beschluß gefaßt haben, die Absicht hatten, ihre Gewerkschaft zu schädigen. Aber es gibt organisierte Arbeiter in Berlin, die dermaßen vom Bruderkampf verblendet sind, daß sie jedes Augenmaß für die Wirkung ihrer Worte und Handlungen verloren haben. In den Parteistreitigkeiten spielt die Beitragssperre, das heißt die Nichtabführung des statutenmäßigen Anteils von den Mitgliederbeiträgen an den Parteivorstand, eine erhebliche Rolle. An verschiedenen Stellen wird eifrig gestritten, ob die Beitragssperre zu beschließen ist oder nicht. Das würde uns hier nicht interessieren, wenn diese Frage nicht schablonenmäßig auf die Gewerkschaften übertragen würde. In einem Berliner Wahlverein wurde kürzlich allen Ernstes der Vorschlag gemacht, den Gewerkschaftsmitgliedern zu empfehlen, ihrer Organisation den Beitrag zu sperren. Erfreulicherweise wurde dieser Rat von der großen Mehrheit der Mitglieder entschieden zurückgewiesen, aber daß der Gedanke überhaupt auftauchen konnte, ist ein Zeichen dafür, welche Fortschritte der Wahnsinn des Bruderkrieges bereits gemacht hat.

Kürzlich veröffentlichte der Braunschweiger „Volksfreund" den Brief eines K. A. zeichnenden Berliner Metallarbeiters, in welchem dieser vorschlägt, die Beitragszahlung an die Gewerkschaftskassen mit Ablauf des Jahres einzustellen. Alle Rechte der Mitglieder an die Gewerkschaftskassen sollen ruhen und erst wieder aufleben, wenn das Mitglied in der auf den Friedensschluß folgenden Woche sich wieder anmeldet und mit der Beitragszahlung wieder beginnt. Es ist bezeichnend, daß solche Vorschläge nicht nur auftauchen, sondern auch als ernst zu nehmende Ansicht in der Presse wiedergegeben werden. Jede Kritik des Vorschlages können wir uns ersparen, wenn wir hier wiedergeben, was die sicher nicht im Geruche großer Gewerkschaftsfreundlichkeit stehende „Leipziger Volkszeitung" in ihrer Nummer vom 9. Dezember unter der Ueberschrift „Ein leichtfertiges Spiel" dazu sagt. Nachdem sie den Inhalt der Zuschrift des K. A. kurz angedeutet hat, fährt sie fort:

„Wir hätten diese aus einer heillosen Konfusion geborenen Vorschläge einfach beiseite gelegt, wenn nicht ein Parteiblatt, der „Braunschweiger Volksfreund", den ganzen Brief abgedruckt und damit den Anschein erweckt hätte, als sei die Frage überhaupt diskutabel. Jedenfalls war man sich dort über die Folge einer derartigen Empfehlung ebensowenig klar wie im Kreise derjenigen Berliner Genossen, die diesen unverständlichen Plan ausgeheckt haben. Derartige Vorschläge kann nur derjenige in die Massen werfen, der weder die Aufgaben und die Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Organisation begriffen hat, noch weiß, welche unendliche Mühen und Opfer es kostet, eine Organisation wieder neu aufzubauen. Und darüber besteht wohl kein Zweifel: Würde dieser K. A.sche Plan ausgeführt, dann bedeutet das einfach die völlige Auflösung der Gewerkschaften und eine offene Preisgabe der Arbeiterinteressen. Das ist dem K. A. wohl auch selbst zum Bewußtsein gekommen, weshalb er im Gegensatz zu seinem leichtfertigen Plan den Wiedereintritt nach Friedensschluß empfiehlt, womit er seinen Vorschlag zugleich der verdienten Lächerlichkeit preisgibt."

Der leichtfertige Plan, den die „Leipziger Volkszeitung" so zutreffend charakterisiert, kommt natürlich nicht von ungefähr. Seine Väter haben auch vermutlich gar nicht die Absicht, die Gewerkschaften zu zerstören; ihr Ziel ist bescheidener, sie wollen nur den Angestellten der Gewerkschaften eins versetzen. Sprechen wir es nur offen aus: Die Gewerkschaftsangestellten erfreuen sich in den Kreisen gewisser Arbeiterführer einer starken Unbeliebtheit, und die gegen sie gerichteten Verdächtigungen finden bei den Arbeitern, die unter den Lasten des Krieges schwer zu leiden haben, einen dankbaren Boden.

Früher war es das Vorrecht der Scharfmacher und ihrer Soldschreiber, die Arbeiterführer als die Faullenzer hinzustellen, die sich von den Arbeitergroschen mästen. Das konnte auf arme und geistig beschränkte Arbeiter einigen Eindruck machen. Sie sahen den Angestellten nur, wenn er in die Versammlung kam, um einen Vortrag zu halten, oder wenn er den Unternehmer besuchte, um mit ihm zu verhandeln. Er kam dann in sauberer Kleidung, er hatte es nicht notwendig, sich an der schweren Arbeit in Fabrik und Werkstatt zu beteiligen. Dabei bezog er ein Gehalt, daß den Durchschnitt des Verdienstes seiner früheren Berufskollegen überstieg. Es ist begreiflich, daß da bei Arbeitern, die sich von der wirklichen Arbeitsleistung ihres Angestellten keine rechte Vorstellung machen konnten, der Neid wach wurde, der die eigentliche Ursache der gegen die Angestellten gerichteten Mißstimmung war. Diese Gefühle hielten sich aber mehr unter der Oberfläche, denn die große Mehrheit der Arbeiter wußte die Bedeutung der Angestellten und ihren Wert für die Gewerkschaften wohl zu würdigen.

Für die Hetze gegen die Gewerkschaftsangestellten, die man neuerdings anzufachen sucht, spielt der Neid schwerlich eine erhebliche Rolle. Viele Arbeiter, besonders die in der Kriegsindustrie beschäftigten, beziehen heute Löhne, die ihnen einen Tausch mit dem Einkommen der Angestellten wenig wünschenswert erscheinen lassen. Da kommen andere Momente in Betracht. In dem Artikel, aus dem wir oben eine Stelle zitiert haben, sagt die „Leipziger Volkszeitung" einleitend: „Bei der eigenartigen Stellung, die einige auch in der Parteibewegung hervorragend tätige Gewerkschaftsführer eingenommen haben, war vorauszusehen, daß die Zerrüttung der Parteiverhältnisse auch in Gewerkschaftskreisen starke Erregung erzeugen würde." Hier haben wir den Schlüssel zu der neuesten Hetze gegen die Gewerkschaftsangestellten. Ihre Stellung im Kriege und zu den verschiedenen damit zusammenhängenden Problemen ist es, die Mißfallen erregt hat.

Der Beruf des Gewerkschaftsangestellten verlangt es, daß er bei jeder Gelegenheit die Interessen der Arbeiter wahrnimmt, daß er ihren Vorteil zu fördern, Schaden von ihnen abzuwehren sucht. Damit war auch ihre Stellung zu den Kriegsproblemen gegeben. Als die sozialdemokratische Fraktion am 4. August 1914 einstimmig die Kriegskredite bewilligte, haben auch sie, wie damals die gesamte Arbeiterschaft, diese Stellungnahme als das einzig Richtige erachtet, und ihre Auffassung, daß die Teilnahme an der Landesverteidigung eine Pflicht auch der Arbeiter sei, wurde bestärkt, als die Kriegsziele der feindlichen Mächte deutlicher zutage traten. Die wirtschaftliche Erdrosselung Deutschlands wäre ein so furchtbares Unglück für die Arbeiterschaft, daß alles getan werden muß, es von uns abzuwenden. Als später einige politische Führer umlernten und den Standpunkt vertraten, daß es dem Interesse der Arbeiter entspreche, die Kriegskredite abzulehnen, da konnten die Gewerkschaftsführer ihre seitherige Stellungnahme nicht plötzlich verleugnen. Auch der Umstand, daß in Deutschland verrückte Annexionspolitiker eine lärmende Agitation entfalteten, konnte sie nicht zu einer Revision ihrer Ansichten verleiten. Wir sind bereit, an der Verteidigung des Vaterlandes mitzuwirken, aber die Annexionspläne lehnen wir entschieden ab.

Die Meinungsverschiedenheiten in der Arbeiterschaft hätten kein großes Unheil anrichten können, wenn die Einheit der Aktion erhalten geblieben wäre. Die sich häufenden Disziplinwidrigkeiten, die Auflehnung gegen den demokratischen Grundsatz, daß im Zweifelsfalle die Mehrheit entscheidet, und daß die gefaßten Beschlüsse auch für die Minderheit bindend sind, das bedeutet eine Gefahr für die Arbeiter. Die Gewerkschaftsführer haben dafür einen scharfen Blick. Sehen sie doch bei den alltäglichen Wirtschaftskämpfen, welch kostbares Gut die Einigkeit der Arbeiterschaft ist. Sie ist die Voraussetzung für jeden Erfolg. Deshalb war es nur natürlich, daß die Gewerkschaftsführer der Störung der Einigkeit entgegenwirkten.

Das Verständnis für die Einigkeit und den festen Zusammenhalt hat in der Arbeiterschaft tief Wurzel geschlagen. Wenn trotzdem die Opposition bei einem Teile der Arbeiter Anhang gefunden hat, wenn einige Fanatiker jetzt sogar die Spaltung in die Gewerkschaften tragen wollen, dann ist das in erster Linie dem durch den Krieg verursachten Notstand geschuldet. Die Ernährungsschwierigkeiten, unter denen die Arbeiter am meisten zu leiden haben, haben vielen den Blick getrübt. Der Wunsch, aus der herrschenden Misere herauszukommen ist begreiflich, aber unverantwortlich ist es, es so darzustellen, als ob die Ablehnung der Kriegskredite das richtige Mittel hierzu wäre. Aus diesem Gegensatz resultierte die Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die, wie leicht vorauszusehen war, in ihren Konsequenzen zur Spaltung in der gesamten Arbeiterbewegung führt.

Der Riß wird tiefer. Nachdem sich die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft im Reichstag als besondere Fraktion konstituiert hat, hat sie das begreifliche

Bestreben, ihren Daseinszweck zu beweisen. Ihre Sonderexistenz zwingt sie dazu, den Unterschied, der sie von der sozialdemokratischen Fraktion trennt, bei jeder Gelegenheit möglichst scharf zu betonen. Natürlich bekommen auch die Gewerkschaftsführer, die unentwegt für die Einigkeit der Arbeiterschaft eintreten, ihr Teil ab. So hatte ein Abgeordneter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft den schlechten Geschmack, von der Tribüne des Reichstages zu verkünden, die Erklärung der gewerkschaftlichen Tätigkeit als zum Hilfsdienst gehörig würde bewirken, daß sich die heerespflichtigen Gewerkschaftsangestellten von der Dienstpflicht drücken können. Der Mann weiß wohl, daß die heerespflichtigen Gewerkschaftsangestellten auch unter der Geltung des Hilfsdienstgesetzes eingezogen werden, und daß auf Reklamation nur solche freigegeben werden, die nicht kriegsverwendungsfähig sind. Er weiß auch, daß die Anerkennung der gewerkschaftlichen Tätigkeit als Hilfsdienst im Sinne des Gesetzes eine Maßnahme zum Schutze der Gewerkschaften ist, um zu verhüten, daß etwa übereifrige Beamte die Gewerkschaften durch Entzug ihrer Funktionäre lahmlegen. Aber es gehört in gewissen Kreisen jetzt zum guten Ton, die Gewerkschaftsangestellten mit Schmutz zu bewerfen, und dazu wollte der ehrenwerte Abgeordnete auch seinen Beitrag leisten.

Wir nehmen solche Anwürfe gegen die Gewerkschaftsangestellten nicht sehr tragisch. Wohl aber halten wir es für notwendig, allen Versuchen, die Einigkeit der Gewerkschaften zu stören, mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Es ist den Gewerkschaftsführern nie eingefallen, den Arbeitern blindes Vertrauen zur Regierung zu predigen. Im Gegenteil, wir haben stets geraten, den von jener Seite gemachten Versprechungen zu mißtrauen. Die vielgerühmte Neuorientierung wird nur insoweit Platz greifen, als die Kraft der Arbeiter ausreicht, sie zu erkämpfen. Für die Auseinandersetzungen mit den Unternehmern, für die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sind starke und einige Gewerkschaften eine unumgängliche Voraussetzung. Und welche Bedeutung eine geschickte Führung hat, das sollten besonders die deutschen Holzarbeiter angesichts der letzten Tarifbewegung doch einigermaßen erkannt haben.

Es ist gewiß nicht an dem, daß die Gewerkschaftsangestellten in bezug auf Wissen und Können turmhoch über den Mitgliedern ständen. Schlimm wäre es um unsere Bewegung bestellt, wenn wir nicht unter unseren berufstätigen Kollegen eine Menge tüchtiger und zum Teil sogar ganz außerordentlich befähigter Kräfte hätten. Von jedem muß verlangt werden, daß er an dem ihm zugewiesenen Platz in vollstem Maße seine Pflicht tut. Ganz besonders muß das von den Angestellten der Organisation verlangt werden. In jahrelanger Tätigkeit an ihrem Posten haben sie sich Fähigkeiten angeeignet, von denen sie nur im Interesse der Arbeiterschaft Gebrauch machen. Sie verlangen dafür keine besondere Anerkennung, sie müssen sich eine Kritik ihrer Tätigkeit gefallen lassen, aber sie dürfen erwarten, daß die Kritik in den Grenzen der Sachlichkeit bleibt.

Innerhalb unserer Organisationen ist Raum für verschiedene Ansichten. Diskussionen, in denen die Meinungen aufeinanderplatzen, schaden nichts, es ist auch das größte Unglück nicht, wenn der eine oder der andere in der Hitze des Gefechts einmal über die Stränge haut. Aber auch bei solch hitzigen Streitigkeiten dürfen wir nie vergessen, daß wir zueinandergehören und aufeinander angewiesen sind. Die Einigkeit und Geschlossenheit der Organisation muß unter allen Umständen gewahrt bleiben. Wenn das unser Leitstern ist, dann werden wir auch die gegenwärtige schwere Zeit ohne Schaden überstehen. Der Arbeiterschaft stehen noch schwere Prüfungen bevor; sorge jeder zu seinem Teil dafür, daß wir uns den Aufgaben, die wir zu lösen haben, gewachsen zeigen.

## Kein Friede auf Erden.

Deutschlands Friedensangebot hat in den feindlichen Ländern keinen freundlichen Widerhall geweckt. Konnte man sich am 12. Dezember der leisen Hoffnung hingeben, daß diesmal zu Weihnachten wirklich der Welt die frohe Botschaft verkündet werden würde: Friede auf Erden!, so hat das Echo, welches die Friedensbotschaft der Mittelmächte in der Presse der feindlichen Länder weckte, diese Hoffnung schnell herabgestimmt. Und nun haben auch die verantwortlichen Staatsmänner der feindlichen Länder gesprochen und keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie den Krieg fortsetzen wollen. Sie hoffen, noch den Sieg erringen zu können und wollen dann den Frieden nach ihren Wünschen diktieren.

Den Ton in dem kreischenden Kriegskonzert der Feinde hat Rußland angegeben. Am 16. Dezember, noch ehe eine Verständigung mit den Regierungen seiner Verbündeten möglich war, hat der neue russische Minister des Aeußern, Pokrowsky, in der Duma das deutsche Friedensangebot mit Entrüstung zurückgewiesen, und er fand damit die ungeteilte Zustimmung der Duma. Drei Tage später hielt Lloyd George, der Führer der Kriegspartei in England, die vor kurzem dort ans Ruder gekommen ist, im Parlament eine Rede, die auf den gleichen Ton gestimmt war wie die seines russischen Kollegen. Der englische Minister will abwarten, welche Bedingungen und Bürgschaften Deutschland bieten will, er selbst nennt aber als seine Friedensbedingungen: „Vollständige Wiederherstellung, volle Genugtuung und wirksame Garantien." Das sind die einzigen Bedingungen, denen Deutschland zunächst zustimmen muß, ehe sich die Feinde mit ihm in Friedensverhandlungen einlassen wollen. Den gleichen Standpunkt nehmen auch die Regierungen in Frankreich und in Italien ein, wenn auch dort die Ablehnung des Friedensangebots in weniger schroffe Formen gekleidet wurde. Nach diesen Ministerreden wird die formelle Note, in welcher die Feinde ihren Willen, den Krieg fortzusetzen, Ausdruck geben, keine Ueberraschung mehr erregen. Vermutlich wird diese Kundgebung, dem diplomatischen Zeremoniell entsprechend, in höflichere Worte gekleidet sein, aber der Kommentar zu der Note liegt vor, und er läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Als einen Vorwand für die Ablehnung des Friedensangebots benutzen die Feinde den Umstand, daß Deutschland nicht gleichzeitig seine Friedensbedingungen genannt habe. Der gleiche Vorwurf ist auch in Deutschland selbst gegen die Regierung erhoben worden. Diese Uebereinstimmung beweist aber noch nicht, daß das Verlangen nach offizieller Kundgebung der deutschen Friedensbedingungen sachlich begründet ist; eher ließe diese Uebereinstimmung auf das Gegenteil schließen. Es darf wohl angenommen werden, daß sich die deutsche Regierung mit ihren Verbündeten über die Vorschläge verständigt hat, die sie der Friedenskonferenz unterbreiten wollte. Heißt es doch auch in der Note, daß die Verbündeten Vorschläge, die nach ihrer Ueberzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens seien, zu den Verhandlungen mitbringen würden. An anderer Stelle der Note heißt es von den verbündeten Mächten, sie gehen nicht darauf aus, ihre Gegner zu zerschmettern oder zu vernichten. Bei einigem guten Willen hätte das zur Anbahnung von Verhandlungen ausgereicht. Zunächst handelte es sich doch nur darum, die feindlichen Parteien überhaupt zusammenzubringen. Wenn die Verhandlungen erst eingeleitet sind, dann würde sich alles weitere von selbst ergeben. Es ist leicht zu verstehen, daß die Partei, die der anderen vorweg Einsicht in ihre Karten gewährt, sich dadurch in Nachteil setzt. Wir finden es deshalb ganz in der Ordnung, daß die deutsche Regierung in ihrem Friedensangebot die Friedensbedingungen nicht näher umschrieben hat.

Aber wenn sie es auch getan hätte, wäre dadurch an der Sache nichts geändert. Die Reden der feindlichen Minister machen es doch klar, daß deren Absicht darauf gerichtet ist, den Gegner zu zerschmettern und zu vernichten. Sie stellen sich an, als käme Deutschland als Besiegter, der um Frieden bitten muß. Das ist der Sinn der Gegenäußerungen zu dem Friedensangebot. Deutschland muß sich zunächst demütigen, es soll von vornherein erklären, daß es alle Bedingungen, die ihm seine Feinde auferlegen, bescheiden schlucken werde. Und diese Bedingungen werden von einer ausschweifenden Härte sein. So liegen aber die Dinge nun doch nicht. Deutschland ist nicht nur nicht besiegt, es ist im Gegenteil seinen Feinden gegenüber militärisch ganz bedeutend im Vorteil. Allerdings werden die bestehenden Ernährungsschwierigkeiten bei uns schwer empfunden. Aber in der Hinsicht geht es den feindlichen Ländern kaum besser. Der ganze Verlauf des Krieges hat bewiesen, daß sich Deutschland dem übermächtigen Aufgebot seiner Feinde gewachsen gezeigt hat. Aber es hat sich in den 2½ Jahren Weltkrieg gezeigt, daß keine der beiden Mächtegruppen der andern so überlegen ist, daß es sie auf die Knie zwingen kann. Die Fortführung des Krieges schlägt beiden Parteien neue, empfindliche Wunden; sie droht, wie es in der Friedensnote heißt, den geistigen und materiellen Fortschritt, der den Stolz Europas zu Beginn des 20. Jahrhunderts bildete, in Trümmer zu legen. Um diese Gefahr, von der alle Kriegführenden bedroht sind, zu verhüten, macht Deutschland sein Friedensangebot. Nicht als Sieger und Besiegte sollen die Parteien miteinander verhandeln, sondern als zwei Gleichstarke, die miteinander gerungen haben, ohne daß der eine den andern besiegen konnte. Das ist der Sinn des Friedensangebots vom 12. Dezember.

Die Feinde lehnen das Friedensangebot ab. Für diesen Fall, sagt die Note, sind die vier verbündeten Mächte entschlossen, den Kampf bis zum siegreichen Ende zu führen. Es bleibt keine Wahl, der Krieg muß fortgeführt werden. Noch viel deutlicher, als das seither schon war, ist es jetzt geworden, daß Deutschland einen Verteidigungskrieg führt. Mit Freuden hätten wir es begrüßt, wenn der 12. Dezember der Ausgangspunkt für erfolgreiche Friedensverhandlungen geworden wäre. Die Völker haben den Krieg nicht gewollt, sie sind des Mordens und der Verwüstungen reichlich satt. Auch die deutsche Regierung hat ihren Friedenswillen in unzweideutiger Weise bekundet, die Schuld für die Fortdauer des Krieges fällt allein auf die Regierungen der feindlichen Länder. Haben wir bisher die Ansicht vertreten, daß sich die Arbeiter an der Verteidigung des Vaterlandes beteiligen müssen, so werden wir durch die Aufnahme des Friedensangebots bei den feindlichen Regierungen in unserer Auffassung aufs neue bestärkt. Der Krieg dauert fort, aber wir glauben trotzdem, daß der Friede auf dem Marsch ist. Hoffen wir, daß er trotz der Widerstände, die er zu überwinden hat, sich recht bald Bahn bricht.

*

Der vorstehende Artikel war bereits gesetzt, als am 22. Dezember bekannt wurde, daß der Präsident der Vereinigten Staaten, Wilson, den kriegführenden Mächten am Tage zuvor den Vorschlag unterbreitet habe, in Verhandlungen einzutreten. Wilson sagt in seiner Note, daß er keinen Frieden vorschlage, auch seine Vermittlung nicht anbiete, er will nur eine Vergleichung der Ansichten über die Bedingungen des Friedens anregen, die den endgültigen Friedensabmachungen vorausgehen müsse. Das ist ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege zum Frieden. Welches seine unmittelbare Wirkung sein wird, läßt sich nicht voraussehen; jedenfalls ist der Schritt Wilsons zu begrüßen als ein Versuch, die Herbeiführung des Friedens zu fördern.

## Soziales.

### Proletarische Jugendarbeit.

-e- Die von der Arbeiterbewegung seit jeher betriebene Jugendaufklärung hatte bekanntlich seit dem Jahre 1908 bestimmteren Inhalt bekommen. Der Erziehung des erwerbstätigen Nachwuchses wurden von da ab, gemeinsam von Partei und Gewerkschaften, bedeutsame Kräfte zugewandt und für die unter 18 Jahr alten Mädel und Burschen besondere Einrichtungen getroffen. Die Engherzigkeit der Gesetze verbot ein festes Gefüge; die Bewegung der Jugend fand daher in der losen Form ihren Ausdruck. Die Verbindung des Ganzen wurde durch die ab 1909 erscheinende Zeitung „Arbeiter-Jugend" hergestellt, die gleichzeitig Wegweiser und Ratgeber der Jugend wurde. Wenn berücksichtigt wird, welche Widerstände zu überwinden waren und welche bescheidenen Mittel zur Verfügung standen, dann muß anerkannt werden, daß in den wenigen Jahren bis zum Kriege ganz Beachtenswertes geleistet worden ist. Bedürfte es noch eines besonderen Beweises, dann wäre dieser zu finden in dem Verhalten der Gegner, deren Beurteilung dahin ausklang, daß die Arbeit eine sie gefährdende Erscheinung bedeute. Daraus erklärte sich auch die gesteigerte, oft kleinliche Bekämpfung der proletarischen Jugendbewegung durch bürgerliche, konfessionelle und staatliche Vereinigungen.

Daß der grausame Krieg eine Unterbrechung der Jugendpflege bringen würde, war vorauszusehen. Diese war um so bestimmter zu erwarten, als die Katastrophe weitere Kreise zog und von der Einberufung zum Heeresdienst ungeheure Massen betroffen wurden. Nicht nur die übergroße Zahl der Leiter und Helfer mußte fort, sondern auch gerade die Elemente, die in der Bewegung heranreiften und deshalb berufen waren, an der Ausdehnung und inneren Gestaltung mitzuwirken. Wer in diesem furchtbaren Weltkriege der Jugend seine Kräfte lieh, der konnte erleben, mit welcher Zähigkeit auch hier darum gekämpft wurde, vieles von den Errungenschaften zu erhalten, um so der idealen Sache eine möglichst breite Grundlage für die kommende Friedenszeit zu sichern. Leicht ist es wahrlich nicht gewesen, all die Schwierigkeiten zu überwinden, aber daß es gelang, sie zu meistern und der Zukunft kraftbewußt entgegenzustreben, das ist Anlaß zum berechtigten Stolz. Darin liegt auch eine sichere Gewähr für die fernere Betätigung, allen Widerständen zum Trotz!

Ein Uebelstand hat besonders bittere Gefühle ausgelöst: der Mangel an Verständnis für die Jugendbewegung bei den Arbeitereltern im allgemeinen und den daheimgebliebenen Arbeitern im besonderen. Statt das junge Geschlecht aufzurichten und ihm den Weg zu seiner eigenen Bewegung zu weisen, wurde es vielfach davon abgehalten! Gründe verschiedenster Art wurden für dieses merkwürdige Verhalten vorgebracht, durch welches nicht nur das Jungvolk, sondern vor allem auch die Sache der Arbeiterklasse geschädigt wurde. Zu keiner Zeit bedurfte die heranwachsende Generation mehr des erzieherischen Einflusses als während des Krieges, wo so viele geistige und moralische Bande gelöst wurden. Vieler Stützen beraubt, muß die Arbeitervereinigung ihr einen Halt bieten. Die blutige Tragödie, die sich abspielt, zwang dazu, der Jugend die Kulturideale deutlicher denn je zum Bewußtsein zu bringen und in ihr die Begeisterung für edles Menschentum zu pflegen. Daß in diesem Sinne alle verfügbaren Kräfte eingesetzt worden sind, steht außer Zweifel; durch die Veranstaltungen und den Stand der Jugendbewegung wird dem Vorwurf begegnet, daß während des Krieges nichts zu unternehmen gewesen wäre oder nichts geleistet worden sei.

Während kurz vor Kriegsausbruch die „Arbeiter-Jugend" 108 000 Abonnenten zählte, sind es gegenwärtig noch 52 000. Der Rückgang ist gewiß ein bedeutender und in jedem Fall viel größer, als daß er in den Kriegswirkungen allein eine ausreichende Erklärung finden könnte. Während in den ersten acht Kriegsmonaten 41 600 Abonnenten verlorengingen, betrug der Verlust in den darauffolgenden weiteren zwölf Kriegsmonaten (1. April 1915 bis 31. März 1916) nur 14 000! Die sich überstürzenden Ereignisse, die Verzweiflung an der eigenen Sache und die Verzagtheit gegenüber der Zukunft haben in der ersten Zeit die Einbuße herbeigeführt. Die Drückeberger fanden billigen Anlaß für ihr Verhalten. Allmählich kehrte die bessere Einsicht zurück, und damit wurden die Kräfte gestärkt, die der Auflösung energisch widerstrebten. In einzelnen Orten wurden nicht nur die entstandenen Lücken gefüllt, es gelang sogar, die Reihen zu vermehren. Bei größerem Pflichtgefühl und energischerem Wirken ließe sich sicher noch vieles schneller bessern. Wenn es ein Blatt gibt, welches geeignet ist, den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen beizustehen und sie in ihrem wirtschaftlichen und geistigen Streben vorwärts zu helfen, dann ist es wahrlich die „Arbeiter-Jugend".

Wie sehr aber auch sonst praktische Jugendarbeit geleistet wurde, das läßt sich aus den getroffenen Veranstaltungen der Jugendausschüsse erkennen. Zu berücksichtigen ist dabei, daß bei der Knappheit an materiellen Mitteln die wichtigen Einrichtungen der Jugendheime eine Einschränkung erfahren mußten. Das Bestreben, geeignete Räumlichkeiten zu beschaffen, hatte vor dem Kriege die beachtenswerte Tatsache herbeigeführt, daß in 378 Orten Eigenheime — wenn oft auch in bescheidener Art — vorhanden waren. Die finanzielle Not der Arbeiterorganisationen zwang zur Aufgabe manches Heimes, so daß heute leider nur noch in 175 Orten solche bestehen. Das ist um so bedauerlicher, als während des Krieges ein gesteigertes Bedürfnis für die Jugendheime sich herausgestellt hat. Nur absichtliche Mäkelsucht kann daher nach anderen Gründen für die Einschränkungen suchen, als solche durch die erschöpften Kassen zwingend entstanden. Immerhin wurden im letzten Geschäftsjahr (1. April 1915 bis 31. März 1916), von dem wir auch weiterhin sprechen werden, 47 400 Mk. für Miete verausgabt. In 133 Heimen sind kleine Büchereien zur Anregung und Unterhaltung.

Wenn auch geeignete Kräfte für Vorträge knapp waren, so wurden doch etwa 1300 veranstaltet, an denen über 30 000 männliche und 15 000 weibliche Jugendliche teilnahmen. Behandelt wurden Fragen aus allen Gebieten: Geographie, Naturwissenschaft, Literatur und Volkswirtschaft fanden dabei stärkste Berücksichtigung. Wissenschaftliche Führungen wurden unternommen und dabei natürliche Gestaltungen, Museen, Sammlungen und gewerbliche Anlagen besichtigt. Besonders stark zeigte sich der Spiel- und Wandertrieb. Die Zahl der Teilnehmer wuchs ständig; war doch hier die Jugend in ihrem natürlichsten Element, und vermochte sie doch auch hierin am besten sich selbst zu helfen. Der Stubenhockerei und der Griesgrämigkeit wurde so wenigstens wirksam begegnet. — Allgemein betrachtet, darf konstatiert werden, daß ein viel stärkeres Interesse bei den jungen Mädchen sich zeigte, und daß sie ein verhältnismäßig viel größeres Kontingent bei allen Veranstaltungen stellten als früher.

Die Aufwendungen der Jugendausschüsse betrugen im letzten Jahr doch noch etwa 230 000 Mk. Wird hinzugerechnet, daß ferner die Bezirksleitungen 14 000 Mk. und die Zentralstelle 28 000 Mk. verausgabten, so zeigt sich, daß eine Summe im Interesse dieser Kulturarbeit im zweiten Kriegsjahr ausgegeben wurde, deren sich die Arbeiterorganisation wahrlich nicht zu schämen braucht.

Ueberall, wo trotz allem Wettersturm die Jugendbewegung einig aufrechterhalten und praktisch gefördert wurde,

## Ehrentafel

der im Kriege gefallenen Verbandsmitglieder

Der Ortsname bedeutet die Zahlstelle, welcher der Kollege zuletzt angehört hat.

Wilhelm Ahrendt, Hilfsarb., Hamburg.
Max Bartsch, Klavierarb., Liegnitz.
Wilhelm Bartel, Stellm., Bautzen.
Franz Beck, Tischler, Breslau.
Wilhelm Becker, Tischler, Breslau.
Heinrich Birkel, Tischler, Hamburg.
Eduard Blab, Parkettleger, München.
Gustav Meul, Tischler, Bunzlau.
Alfred Böhme, Tischler, Berlin.
Gustav Böttisch, Tschl., Landsberg a. W.
Paul Böttcher, Tischler, Chemnitz.
Franz Borck, Tischler, Berlin.
Adolf Bracharz, Tischler, Kottbus.
Mathias Brunner, Säger, Dachau.
Max Büttner, Tischler, Niedersedlitz.
Karl Dederding, Osterode a. H.
Josef Denk, Schreiner, München.
Konrad Dorn, Schreiner, Erlangen.
Albert Ebert, Tischler, Chemnitz.
August Ehrig, Tischler, Eutin.
Max Emil Ebert, Modellt., Chemnitz.
Adolf Engel, Tischler, Bergedorf.
Fritz Engmann, Tischler, Berlin.
Max Enke, Tischler, Merseburg.
Otto Erhardt, Tischler, Weida.
Walter Flöter, Polierer, Berlin.
Leonhard Fischer, Dachau.
Paul Friedel, Modellt., Chemnitz.
Georg Frei, Säger, Dachau.
Fritz Galle, Tischler, Berlin.
Willi Gebert, Tischler, Dessau.
Paul Gleseler, Tischler, Cöthen.
Franz Glamann, Waren.
Josef Glas, Maschinenarb., München.
Heinrich Göbel, M.-A., Hamburg.
Paul Göpel, Straußberg.
Herm. Goldmann, Stellmacher, Halle.
Josef Graf, Schreiner, München.
Otto Gries, Halberstadt.
Alfred Großer, Tischler, Breslau.
Fritz Grothenberger, Schreiner, Fürth.
Karl Grüger, Lindow.
Fritz Händler, Tischler, Dessau.
Anton Haseneger, Schreiner, Köln.
Lorenz Hannwey, Schreiner, Fürth.
Johann Haßlbeck, M.-A., München.
Wilhelm Haß, Kistenm., Hamburg.
Georg Heil, Höchst.
Paul Heinrich, Maschinenarb., Berlin.
August Heitmann, Schwerin i. M.
Gustav Hildebrand, Polierer, Köpenick.
Fritz Th. Hofmann, Modellt., Chemnitz.
Wilhelm Holst, Stellm., Hamburg.
Reinhold Horn, Kistenbauer, Chemnitz.
Gustav Jakob, Modellt., Magdeburg.
Richard Jauersch, Drechsler, Bunzlau.
Johann Jürgens, Tischler, Hamburg.
Paul Kamehl, Tischler, Dessau.
Arthur Kießig, Polierer, Hartha.
Richard Kipping, Tschl., Finsterwalde.
Josef Klein, Schreiner, Fürth.
Paul Kliesch, Tischler, Bautzen.
Max Klötzer, Tischler, Heilbronn.
Christian Koch, Modellschreiner, Köln.
Alfred Willy Köhler, Modellt., Chemnitz.
Bernhard Köhler, Schr., Frankfurt a. M.
Max Kohlenberg, Schreiner, Krefeld.
Friedr. Kopf, Modelltischler, Halle.
Hermann Krämer, Tischler, Hannover.
Johann Kratzer, Holzarb., Fürth.
Paul Kunoth, Tischler, Breslau.
Karl Lehmann, Tischler, Berlin.
Johann Limmer, Schreiner, München.
Arthur Liekfeld, Tischler, Berlin.
Georg Loy, Schreiner, Fürth.
Johann Lübbes, Bürstenm., Hannover.
Otto Lummert, Aschersleben.
Karl Maier, Schreiner, Marbach.
Fritz Mayer, Schreiner, Fürth.
Walter Mehlhase, Tschl., Brandenburg.
Hans Mehlstaubler, Schr., München.
Ad. Meier, Tischler, Magdeburg.
Erich Meier, Tischler, Berlin.
August Metbom, Tischler, Hannover.
Albert Meiling, Tschl., Geesthacht.
Richard Meizer, Kistenm., Marienberg.
Jakob Meyer, Korbm., Estebrügge.
Ad. Michaelis, Anschläger, Magdeburg.
Max Michel, Tischler, Harburg.
August Möller, M.-A., Hannover.
Ewald Molke, Gevelsberg.
Karl Moritz, Maschinenarbeiter, Berlin.
Alfred Mosig, Klavierarb., Löbau.
Walter Mrzyk, Tischler, Berlin.
Ludw. Müller, M.-A., Kaiserslautern.
Walter Neumann, Köslin.
Otto Neumeister, Tischler, Weida.
Christian Neupert, Holzarb., Erlangen.
Ernst Nöring, Tischler, Geesthacht.
Otto Petersson, Stellm., Hamburg.
Emil Pfaff, Modellt., Chemnitz.
Emil Pisart, Polierer, Berlin.
Willi Plensdorf, Tischler, Burg b. M.
Fritz Plumm, Fürstenwalde.
Emil Reißner, Tischler, Hamburg.
Richard Rensch, Holzarb., Kottbus.
Josef Reuf, Dreher, Offenbach a. M.
Heinrich Richter, Zwickau-Werdau.
Max Richter, Polierer, Berlin.
Andreas Roth, Polierer, Fürth.
Max Rückauer, M.-A., Marienberg.
Otto Rückauer, Tischler, Berlin.
Emil Schaale, Modellt., Chemnitz.
Herm. Schädler, Tschl., Landsberg a. W.
Friedrich Schlarb, Schreiner, Berlin.
Emil Schlegel, Stuhlbauer, Hartha.
Ludwig Schmidt, Tischler, Essen.
Josef Schneider, Schreiner, Köln.
Karl Scholz, Maschinenarb., Breslau.
Fritz Schöngabe, Vergolder, Burg b. M.
Paul Schottstedt, Tischler, Burg b. M.
Paul Schramm, Tschl., Stralsund.
Ludwig Schrödl, Bürstenarb., München.
Richard Schüßler, Tschl., Magdeburg.
Erich Schulz, Polierer, Berlin.
Wilhelm Schulze, Tischler, Halle.
Karl Sievers, Tschl., Hannover.
Eduard Simon, Tischler, Köpenick.
Otto Spath, Schreiner, Fürth.
Otto Specht, Tischler, Burg b. M.
Richard Sperling, Tschl., Eilenburg.
Oskar Spindler, Tischler, Kottbus.
Robert Spitzer, Tischler, Breslau.
Eugen Stark, Stellm., Zwickau-Werdau.
Otto Stark, Halberstadt.
Otto Steppuhn, Polierer, Berlin.
Hermann Thomas, Tschl., Herischdorf.
Wilhelm Tischmeyer, Tischler, Berlin.
Heinrich Tschörtner, Tischler, Görlitz.
Paul Ullmann, Marienberg.
Ewald Völkel, Kistenm., Berlin.
Paul Völkel, Tischler, Berlin.
Arthur Wadewitz, Tischler, Hartha.
Otto Weber, Tschl., Landsberg a. W.
Walther Weber, Zwickau-Werdau.
Hermann Wichura, Tischler, Essen.
Hugo Winkler, Tischler, Weida.
Hans Winter, Schreiner, Fürth.
Ferdinand Wirrer, Angestellter der Zahlstelle Hamburg.
Oskar Wolf, Tischler, Berlin.
Kurt Zieger, Tischler, Dessau.
Wilh. Zimmermann, Schw.-Hall.
Edwin Zimmermann, Stuhlb., Rabenau.
Jakob Zinkowski, Schalenarb., Solingen.
Ernst Zschirpe, Tschl., Zwickau-Werdau.

Ehre ihrem Andenken!

berechtigt sie zu den besten Hoffnungen. Erinnern sich vor allem auch die organisierten Arbeiter der Bedeutung des Jugendschutzes und der Jugendpflege, wirken sie allen zerrüttenden Strömungen durch Aufklärung entgegen, dann werden sie den Beschlüssen im besten Sinne gerecht, die auf Partei- und Gewerkschaftskongressen in voller Uebereinstimmung gefaßt wurden und dahin ausklangen: Die Förderung der Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ist eine wichtige Aufgabe im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse.

### Die Urlaubsgebührnisse.

Die Gebührnisse der beurlaubten Soldaten sind während der Kriegsdauer verschiedentlich geändert worden. Nun ist wieder eine Neuordnung erfolgt durch eine vom 8. Dezember datierte Kabinettsorder, die im „Armee-Verordnungsblatt" veröffentlicht wird. Bei der Wichtigkeit, die diese Angelegenheit für weite Kreise der Bevölkerung hat, geben wir nachstehend aus der umfangreichen Veröffentlichung die Bestimmungen wieder, die für Unteroffiziere und Mannschaften in Betracht kommen.

Bei gewöhnlichem Urlaub, dazu gehört der Urlaub während der kirchlichen Festzeiten, der Erholungsurlaub zur Beseitigung häuslicher und privater Notstände, erhalten die Angehörigen mobiler Truppenteile die Löhnung unverkürzt weiter. Außerdem erhalten die Löhnungsempfänger für die Urlaubszeit das Verpflegungsgeld im Betrage von 1,50 Mk. für den Tag und den Freifahrtschein. Die gleichen Gebührnisse erhalten die Löhnungsempfänger (das sind Unteroffiziere und Mannschaften) beim Urlaub zur Wiederherstellung der Gesundheit. Das Verpflegungsgeld wird bei diesem Urlaub aber nur dann gewährt, wenn die Notwendigkeit des Urlaubs vom Truppenarzt bescheinigt wurde.

Bei den immobilen Truppenteilen erhalten die Mannschaften die gleichen Urlaubsgebührnisse, sofern es sich nicht um einen häufig wiederkehrenden Urlaub handelt, bei welchem nur die Löhnung weitergewährt wird. Häufiger wiederkehrender Urlaub liegt vor bei Sonntagsurlaub, ferner dann, wenn jemand in kurzen Zwischenräumen häufig beurlaubt wird, so daß er in dieser Hinsicht dem größten Teil der anderen Mannschaften gegenüber bessergestellt ist. Das ist der Fall, wenn jemand innerhalb eines Vierteljahres durch mehrfache Beurlaubungen (außer Sonntags) insgesamt länger als zehn Tage beurlaubt wird. In diesem Falle wird ebenfalls die Löhnung unverkürzt gewährt, dagegen keine Verpflegung und keine Freifahrt. Beim Urlaub zur Wiederherstellung der Gesundheit erhalten auch die Mannschaften immobiler Truppenteile den Freifahrtschein und das Verpflegungsgeld, wenn die Notwendigkeit des Urlaubs durch den Arzt bescheinigt ist.

Beim Urlaub zur Beschäftigung im eigenen Betrieb oder im Betrieb von Eltern oder Geschwistern erhalten Mannschaften Löhnung, Verpflegungsgeld und freie Fahrt. Anders beim Urlaub zu besoldeter Tätigkeit im fremden Betrieb. Hier wird nur Löhnung bis zum Schluß des laufenden Monatsdrittels gezahlt. Das Verpflegungsgeld wird nicht gewährt. Der Beurlaubte erhält zwar einen Freifahrtschein bis zum Arbeitsort, aber der Arbeitgeber muß die Fahrtkosten erstatten. Es kommt aber noch eine dritte Art von Beurlaubung zur Arbeit in Betracht, nämlich als Ersatz für fehlende Familienmitglieder. Wenn ein Angehöriger, auf den die Familie angewiesen ist, sich im Felde befindet, krank wurde oder gefallen ist, und ein entsprechender Antrag von der zuständigen Verwaltungsbehörde befürwortet wird, dann kann eine Beurlaubung erfolgen. Ein solcher Beurlaubter, der auf Lohnzahlung durch den Arbeitgeber keinen Anspruch hat, erhält außer Löhnung auch Verpflegungsgeld und Freifahrt. Dauert der Urlaub länger als einen Monat, dann wird Löhnung nur bis zum Schluß des Monatsdrittels, jedoch weder Verpflegungsgeld noch Freifahrt gewährt.

Kriegsbeschädigte, die Urlaub zur Betätigung in einem neuen Beruf erhalten, beziehen Löhnung, Verpflegungsgeld und freie Fahrt. Die gleichen Gebührnisse werden auch gewährt, wenn es sich um die Aufnahme der Arbeit im Zivilberuf handelt. Löhnung und Verpflegungsgeld wird in solchen Fällen bis zur Beendigung des Entlassungsverfahrens gewährt.

Werden Mannschaften aus kriegswirtschaftlichen Gründen entlassen oder zurückgestellt zu einer bürgerlichen Tätigkeit im Interesse der Landesverteidigung, für die von einer Behörde oder von einem privaten Arbeitgeber Gehalt oder Lohn gezahlt wird, dann wird die Löhnung nur bis zum Schluß des laufenden Monatsdrittels gezahlt. Die Kosten für die freie Fahrt müssen vom Arbeitgeber erstattet werden. Handelt es sich hierbei um selbständige Landwirte oder andere selbständige Gewerbetreibende, dann brauchen sie die Fahrtkosten nicht zu erstatten.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

In Anbetracht des bevorstehenden Jahresschlusses richten wir an die Verbandskollegen hiermit das Ersuchen, etwaige rückständige Beiträge rechtzeitig zu entrichten, damit die Zahlstellenkassierer ihre Abrechnung am 1. Januar möglichst ohne Restbeiträge abschließen können.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 52. Wochenbeitrag für das Jahr 1916 fällig geworden.

Diejenigen Mitglieder, in deren Mitgliedsbuch am Jahresschluß die Markenrubriken vollgeklebt sind, ersuchen wir hierdurch, ihr Buch in der ersten Januarwoche zwecks Ausfertigung eines Ersatzbuches an den Zahlstellenkassierer abzuliefern. Die Ersatzbücher werden von der Hauptkasse ausgestellt, weshalb die vollgeklebten Bücher an den Verbandsvorstand einzusenden sind. An die Zahlstellenkassierer richten wir das dringende Ersuchen, nur solche Bücher einzusenden, welche vollständig in Ordnung sind. Die Marken müssen bis Jahresschluß geklebt, etwaige beitragsfreie Wochen müssen abgestempelt sein. Das Nationale des Mitgliedes auf dem Titelblatt muß vollständig sein. Für Bücher, welche nicht vollkommen in Ordnung gebracht sind, können keine Ersatzbücher ausgestellt werden, so daß in erster Linie die Mitglieder selbst darauf bedacht sein sollten, daß ihr Buch bei der Uebergabe in Ordnung ist. Fehlende Marken müssen in jedem Falle nachgelöst werden.

Die Monatskarte über die Arbeitslosigkeit im Monat Dezember ist spätestens bis zum 2. Januar an uns einzusenden. Im Interesse einer vollständigen Statistik sollte die rechtzeitige Berichterstattung von keiner Zahlstelle versäumt werden. Zahlstellen, die über keine Arbeitslosigkeit zu berichten haben, senden die Monatskarte nur mit Angabe der Mitgliederzahl am Monatsschluß ein.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

177524 Karl Schmehl, Tschl., 2. 9. 73 zu Burg b. Herborn.
312438 Joh. Müller, Bleistiftarb., 24. 5. 55 zu Kornburg.
369598 Herm. Tischler, Masch.-Arb., 20. 11. 64 zu Louisa.
502075 Heinr. Stehr, Tschl., geb. 9. 2. 96 zu Achmer.
538835 Gust. Steinbach, Tschl., geb. 21. 12. 67 zu Gruna.
622671 Karl Geyer, Masch.-Arb., 27. 4. 82 zu Degenfeld.
709560 Kurt Bodatsch, Tschl., geb. 9. 12. 92 zu Berlin.
730618 Diedr. Lange, Schiffszimm., 25. 4. 97 zu Bremen.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

## Lohnbewegungen und Teurungszulagen.

Auf Grund der Tarifverträge treten am 1. Januar 1917 folgende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in Kraft:

**Lübbenau** (Fa. Wunderlich): Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 56 auf 55 Stunden nebst Lohnausgleich.

**Mühlhausen i. Thür.** (Fa. Körber): Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 54 auf 53 Stunden verkürzt und der Lohn dementsprechend erhöht.

**Peine** (Tischler): Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 55 auf 54 Stunden verkürzt und der Lohn um 1 Pf. pro Stunde (als Ausgleich) erhöht.

**Schwelm** (Fa. Heinr. Haas): Erhöhung der Wochenlöhne um 1 Mk. und der Akkordlöhne um 10 Prozent.

**Torgelow** (Fa. J. Rambows Ww.): Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 58 auf 57½ Stunden nebst 1 Pf. Lohnzulage pro Stunde.

**Die Durchführung der Teurungszulagen beim Rheinisch-Westfälischen Innungsverband** war Gegenstand einer Verhandlung, die am 14. Dezember in Essen zwischen den beiderseitigen Verbandsvertretern stattfand. Die erwartete Einigung ist jedoch infolge des Verhaltens der Arbeitgeber nicht erfolgt, da sie den Arbeitern in jeder Beziehung geringere Zugeständnisse boten, als in den vor dem Reichsamt des Innern abgeschlossenen Vereinbarungen niedergelegt und inzwischen fast allgemein durchgeführt sind. Die Innungsmeister des genannten Bezirks haben es dagegen mit der Verständigung nicht so eilig, was sie auch dadurch bewiesen, daß auf ihren Wunsch die Verhandlungen wiederum auf den 21. Dezember verschoben werden mußten.

Zu dieser Sachlage nahm am 17. Dezember eine Konferenz von Zahlstellenvertretern Stellung, die gemeinsam vom Deutschen Holzarbeiter-Verband, vom Zentralverband christlicher Holzarbeiter und vom Gewerkverein der Holzarbeiter aus allen in Frage kommenden Orten beschickt war. Die Kollegen haben keinerlei Zweifel darüber gelassen, daß eine friedliche Verständigung nur auf der Grundlage der Berliner Vereinbarungen Platz greifen kann. Haben die Arbeitgeber den Mut, eine solche Verständigung angesichts der allgemeinen Lage auszuschlagen, so trifft sie allein die Verantwortung für die daraus entstehenden Folgen. Die Entscheidung drängt, da die bestehenden Tarifverträge eventuell zum 1. Januar 1917 zu kündigen sind. Die Konferenz der Zahlstellenvertreter hat auch zu dieser Frage ihre Beschlüsse gefaßt. Zunächst wird das Resultat der zum 21. Dezember angesetzten Verhandlung abgewartet.

Wie uns kurz vor Redaktionsschluß mitgeteilt wird, haben die am 21. Dezember in Essen geführten Verhandlungen zu einem definitiven Ergebnis nicht geführt. Die Vertreter der Arbeitgeber erklärten, keine genügenden Vollmachten zu besitzen und erst mit den Innungen Rücksprache nehmen zu müssen. Ihren Entschluß wollen sie bis zum 28. Dezember übermitteln. Die Entscheidung ist noch sehr zweifelhaft. Es wird mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet, daß die Kündigung der Verträge ausgesprochen werden muß.

## Aus der Holzindustrie.

### Ferdinand Wirrer gefallen.

Wieder ist einer unserer Besten dem grausigen Kriege zum Opfer gefallen. Der Kollege Ferdinand Wirrer, erster Bevollmächtigter der Hamburger Zahlstelle, fand am 9. Dezember auf dem Balkan-Kriegsschauplatz, 38 Jahre alt, durch einen Granatsplitter seinen Tod.

Der Holzarbeiter-Verband und besonders die Hamburger Zahlstelle verliert in ihm einen außerordentlich tüchtigen und befähigten Kollegen. Seine Pflichttreue, sein unermüdlicher Schaffensdrang, seine Ausdauer bei der Tätigkeit für seine Organisation haben ihm das Vertrauen und die Achtung aller Hamburger Kollegen eingebracht.

Im Jahre 1907 wurde er als Hilfsarbeiter für das dortige Bureau gewählt. 1910 als zweiter und 1914 als erster Bevollmächtigter. Bei dem 33wöchigen Hamburger Kampfe im Jahre 1911 war es der Kollege Wirrer, der rastlos Tag und Nacht tätig war, und dieser geradezu vorbildliche Pflichteifer hat während des langen Kampfes immer wieder anfeuernd auf unsere streikenden Kollegen eingewirkt und nicht zum wenigsten zu dem guten Ausgang des Kampfes beigetragen. Eine echte Kampfnatur ist mit dem Kollegen Wirrer dahingegangen.

Neben den Hamburger Kollegen und allen, die ihn kannten, trauern um ihn seine Ehefrau und fünf unmündige Kinder im Alter von 5 bis 14 Jahren. In der Geschichte der Hamburger Zahlstelle wird der Name des Kollegen Wirrer unvergessen bleiben. Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.

## Gewerkschaftliches.

### Die Arbeitersekretariate im Jahre 1915.

Ueber den großen Wert der Arbeitersekretariate besteht heute kein Zweifel. Mit Recht werden sie in der von der Generalkommission herausgegebenen Statistik als eine der wertvollsten Einrichtungen bezeichnet, welche die Gewerkschaften zur Wahrung der Interessen der Arbeiter geschaffen haben. Der Rückgang der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder hat den Fortbestand mancher Sekretariate gefährdet, die von den Gewerkschaftskartellen durch die Beiträge der Mitglieder der angeschlossenen Zweigvereine erhalten werden. Dieser Gefahr wurde vorgebeugt durch den Beschluß der Zentralverbände, welcher die Generalkommission ermächtigte, die Sekretariate, wo es die Umstände erfordern, durch Zuschüsse lebensfähig zu erhalten. Dank dieser Beihilfe ist der Bestand an Sekretariaten auf gleicher Höhe wie vor dem Kriegsausbruch geblieben. Im Jahre 1913 betrug die Zahl der Sekretariate der Zentralverbände 129, das Jahr 1915 schließt mit 131 ab, darunter befinden sich 12 Sekretariate des Bergarbeiterverbandes.

An der vorliegenden Statistik für das Jahr 1915 haben sich nur 119 Sekretariate beteiligt. Die Kriegswirkungen hatten sich in häufigem Wechsel der leitenden Personen, Einberufung von Sekretären zum Heeresdienst und dadurch verursachte öftere Unterbrechung des Geschäftsganges bemerklich gemacht. Die gleichen Ursachen haben auch die Vollständigkeit der Statistik ungünstig beeinflußt. Von den an der Statistik beteiligten Sekretariaten werden in der Hauptsache 64 aus Mitteln der Kartellkassen, 29 durch Beiträge der beteiligten Organisationen und 12 durch direkte Beitragsleistung der beteiligten Mitglieder unterhalten. Neben diesen Haupteinnahmen erhalten noch regelmäßige Zuschüsse von der Generalkommission 34, von Parteiorganisationen 29 und von Arbeiterunternehmungen 6 Sekretariate. Beihilfen aus Gemeindemitteln erhielten 4 Sekretariate. 11 werden vom Bergarbeiterverbande und 2 Sekretariate von der Generalkommission unterhalten. Die Gesamteinnahme der berichtenden Sekretariate beträgt 588 828 Mk., der eine Gesamtausgabe von 608 995 Mk. gegenübersteht. Die Mehrausgabe von 22 567 Mk. wurde aus den Kassenbeständen gedeckt, soweit Sekretariate eine eigene, vom Kartell unabhängige Kassenführung haben. Die Zuschüsse der Generalkommission belaufen sich auf 53 069 Mk. und die von Parteiorganisationen auf 10 077 Mk.

Die wichtigste Aufgabe der Sekretariate ist die Auskunftserteilung. In den meisten Sekretariaten, nämlich in 94 von den Berichtenden, wird Auskunft an jedermann erteilt. In 9 Sekretariaten wird nur an gewerkschaftlich Organisierte, in 16 nur an gewerkschaftlich und politisch Organisierte und deren Familienangehörige Auskunft erteilt. Im Jahre 1915 wurden die Sekretariate insgesamt von 535 946 Personen in Anspruch genommen. Unter den Auskunftsuchenden waren 223 077 oder 44,6 Prozent Frauen. Gegenüber den früheren Jahren bedeutet das eine starke Zunahme. Vielfach erstreckten sich die an Frauen erteilten Auskünfte auf Kriegsfürsorgesachen, aber auch die in erheblichem Umfange erfolgte Heranziehung der Frauen zur beruflichen Tätigkeit wird mit zur stärkeren Inanspruchnahme der Sekretariate durch weibliche Personen geführt haben.

Die Gesamtzahl der erteilten Auskünfte betrug 568 967, darunter 44 929 schriftliche Auskünfte. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Auskünfte um 86 892 zurückgegangen. Die meisten Auskünfte, nämlich 140 151, betrafen Fragen des bürgerlichen Rechts. Dann folgt das Gebiet der Gemeinde- und Staatsangelegenheiten mit 137 876 Auskünften. Unter diesen Auskünften dürften viele Familienunterstützungssachen betreffen, die nur von 79 Sekretariaten besonders gezählt wurden, die 51 218 derartiger Auskünfte registrierten. Aus dem Gebiete der Arbeiterversicherung kamen auf die Unfallversicherung 31 718, auf die Krankenversicherung 33 880, auf das Knappschaftswesen 2927 und auf die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung 31 718 Auskünfte.

Die Zahl der angefertigten Schriftsätze ist von 180 361 im Jahre 1914 auf 167 790 im Jahre 1915 zurückgegangen. Hierbei und mehr noch bei den Vertretungen von Rechtsstreitigkeiten vor Aemtern, Gerichten und Verwaltungsbehörden, deren Zahl von 6178 im Jahre 1914 auf 4616 im Jahre 1915 zurückging, hat sich der Mangel an leitenden Kräften und ihr häufiger Wechsel recht fühlbar gemacht. Von den im Jahre 1915 wahrgenommenen Vertretungen wurden 336 vor Versicherungs-, 2245 vor Oberversicherungs- und 295 vor Landesversicherungsämtern ausgeübt. Es fanden ferner vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten 793, vor Amtsgerichten 625 und vor Verwaltungsbehörden und -gerichten 310 Vertretungen statt.

Außer den eigentlichen Sekretariaten kommen für die Auskunftserteilung noch die von vielen Gewerkschaftskartellen unterhaltenen Auskunftsstellen in Betracht. Während des Krieges dürfte manche dieser Auskunftsstellen infolge Einberufung des Vertreters oder durch die Auflösung des Kartells eingegangen sein. Es liegen Berichte zur Jahresstatistik 1915 nur von 146 Auskunftsstellen vor. Ihre Zahl wird sicherlich größer sein. Mangelhafte Aufzeichnungen der Geschäftsvorgänge, bedingt durch häufigen Wechsel der Vertreter, werden in vielen Fällen die Nichteinsendung eines Berichtes verschuldet haben. Nur 121 Auskunftsstellen machten Angaben über Auskunftserteilung.

Die wenigen Zahlen aus der umfangreichen Statistik der Arbeitersekretariate, die wir hier wiedergegeben haben, genügen, um die Bedeutung dieser Einrichtung erkennen zu lassen. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die Aufgaben, die sie zu erfüllen haben, nach dem Kriege noch eine bedeutende Steigerung erfahren werden. Deshalb ist es dankbar zu begrüßen, daß die Generalkommission durch materielle Zuschüsse die Fortführung der in ihrem Bestand gefährdeten Arbeitersekretariate gesichert hat. Hoffentlich werden nach dem Friedensschluß die Gewerkschaften wieder so gestärkt, daß nicht nur die bestehenden Arbeitersekretariate erhalten bleiben, sondern daß ihre Zahl auch dem vorhandenen Bedürfnis entsprechend gesteigert werden kann.

**Die Teurungszulage im Buchdruckergewerbe.** Das Tar amt der deutschen Buchdrucker erläßt eine Kundgebung, welcher darauf hingewiesen wird, daß die vereinbart Teurungszulagen als Mindestzulagen von der ersten Loh woche im Oktober ab zu zahlen sind. Anderseits haben d tariftreuen Prinzipale den um 25 bis 30 Prozent erhöht Druckpreis zu fordern. Aus der dieser Kundgebung b gegebenen Begründung geht hervor, daß ein Teil der Pri zipale bisher der Meinung war, daß die Gewährung d Teurungszulagen ihrem Belieben überlassen sei. Das tri aber nicht zu. Die Teurungszulage ist die Gegenleistu für die Verlängerung der Tarifdauer. Beide Beschlü müssen unbedingt durchgeführt werden.

## Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt d Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köllnisch Park 2, bezogen werden.

**Gesammelte Schriften von Karl Marx und Friedri Engels. 1852 bis 1862.** Herausgegeben von N. Rjasano Die Uebersetzungen aus dem Englischen von Luise Kautsk Zwei Bände. Preis jedes Bandes broschiert 8 Mk., gebu den 9,25 Mk. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H Stuttgart.

Der vor einiger Zeit herausgegebene Briefwechsel zw schen Marx und Engels hat sehr lebhaftes Interesse erreg das sich in erhöhtem Maße auf das vorliegende Werk übe tragen wird. Behandeln doch die Aufsätze Fragen der äuß ren Politik, die, obwohl sie schon vor mehr als einem Me schenalter geschrieben wurden, jetzt während des Weltkrieg besonders aktuell wirken. In ihren Abhandlungen hab Marx und Engels die Politik der europäischen Staaten, in besondere Englands, Frankreichs und Rußlands, schonung los bloßgelegt. Damit liefern sie ein wertvolles Materi zur Beurteilung der wahren Ursachen des Weltkrieg Diese Bücher verdienen die weiteste Verbreitung. Leider der Preis so hoch, daß Arbeiter wohl nur ausnahmswei imstande sein werden, sie sich für ihren Privatgebrau anzuschaffen. Dagegen sollten die gesammelten Schriften i keiner Arbeiterbibliothek fehlen.

**Haus, Garten und Feld.** Das Interesse des Städters a Gartenbau hat schon vor dem Kriege zur Anlage viel Schrebergärten und umfangreicher Laubenkolonien an d Peripherie der Großstädte geführt. Die Bedeutung d Kleingartenbaues ist während des Krieges stark gestieg Gar mancher möchte gern ein Stückchen Land bebauen, wen er nur wüßte, wie er die Sache zweckmäßig anfassen sol In der Tat sind eine große Menge Fragen schon vor d Anlage zu beantworten, damit die ganze Sache nicht vo vornherein verpfuscht wird; denn nicht nur Lust und Lieb sind zur Anlage und zur Bewirtschaftung der Gärten nötig sondern auch Zeit, Geld und wenigstens einige Kenntnis Einen kurzen Ueberblick für alle, insbesondere für solche, d gern die Ursache ihrer Mißerfolge erfahren möchten, bring die Zeitschrift „Haus, Garten und Feld" (viertel jährlich 6 Hefte zu nur 75 Pf., Stuttgart, Franckhsche Ver lagshandlung) nebst einer Menge anderer Aufsätze übe Obst- und Gemüsebau- über Kleintierzucht usw.

**Die Glocke**, Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berli SW. 68). Einzelhefte 20 Pf., vierteljährlich 2,50 Mk. b allen Buchhandlungen und Postanstalten.

## Gestorbene Mitglieder.

Paul Fechner, Parkettleger, 50 J., gest. in Berlin.
Hermann Gutsche, Klavierarbeiter, 54 Jahre, gest. in Berlin.
Nikolaus Kania, Tischler, 45 Jahre, gest. in Berlin.
Wilhelm Köhn, Tischler, 42 Jahre, gest. in Berlin.
Richard Krause, Vergolder, 51 J., gest. in Berlin.
Daniel Reimann, Tischler, 65 J., gest. in Berlin.
Fritz Thiele, Tischler, 37 Jahre, gest. in Berlin.
Friedrich Jentsch, Tischler, 42 J., gest. in Breslau.
Ernst Hiller, Tischler, 63 Jahre, gest. in Breslau.
Josef Kolbinger, Hobelmaschinist gest. in Dachau.

**Ehre ihrem Andenken.**


Mehrere gute **Möbeltischler** und **Stuhlbauer** sowie einige sauber arbeitende **Polsterer** stellen sofort ein
**Werkstätten Bernard Stadler, Paderborn.**

**Holzfachmann-Vorarbeiter,**
erfahren im Dreschmaschinenbau, mit einigen Kenntnissen der Modelltischlerei, bei gutem Gehalt und dauernder Stellung gesucht. Bewerbungen mit Angabe der Gehaltsansprüche an **G. Schulz, Maschinenfabrik, Magdeburg-Neustadt.**

**Zivildienstpflichtige Tischler**
stellt für Heeresarbeit sofort ein
**Adolf Gebhardt, Möbelfabrik, Kartheim i. Hann.**

**Werkführer gesucht.**
Große Berliner Schirmstock-Fabrik sucht perfekten Meister für Holz-, Zelluloid- und Stahlgriffe.
**Bernhard Asa, Berlin, Michaelkirchstr. 20.**

Tüchtige
**Möbeltischler**
auf eichene Speise- und Herrenzimmer sofort gesucht.
**Richard Elze, Hübener & Co., G. m. b. H., Dessau.**

**Tischler auf Flugzeugteile gesucht.**
**Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Brandenburg a. H., Grabenstr. 3.**

**Stuhlbauer** auf gute Stühle, Sessel und Garnituren sowie **Polierer** auf gute Arbeit für dauernde Beschäftigung bei gutem Verdienst gesucht.
**Kürth & Bieber, Geringswalde i. Sa.**

**Korbmacher**
auf runde 66er Geschoßkörbe gesucht
**Gebr. Wolff, Bernburg**

**Korbmacher** auf Mattarbeit bie hohem Lohn sofort gesucht.
**Adam Stahl, Schweinfurt, Fischerrain 77.**

Einige tüchtige
**Korbmacher**
auf 10-Zentimeter-Patronenkörbe bei höchstem Lohn (Tarif I) stellt sofort ein
**J. Rennert, Eisenach (Thür.).**

1 tüchtiger **Korbmacher** für sofort gesucht.
**Bremen**, Meinkenstr. 28.

**Tüchtiger Rundbohrer,**
der auch im Pechen gut bewandert ist, sofort gesucht. Wochenlohn 42,— Mk. Zugleich 3 tüchtige **Pecher** oder **Pecherinnen** bei hohem Akkordlohn gesucht. Pro Tausend 3,40 Mk.
**Franz Kaczmarek, Hildesheim**, Göthestr. 30.

**Bohrmaschine**
mit Fußbetrieb, noch gut erhalten, zu kaufen gesucht.
**Franz Kaczmarek, Hildesheim**, Göthestr. 30.

**Eingelegte Furniere**
**für Nähtische, Schatullen, Füllungen.**
Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken
**Zahlreiche Anerkennungsschreiben**
**E. Biller**, Marqueteur, **Heidelberg**
**Theater-Strasse 7.**

**Für das kommende Jahr**
versehe sich jeder Kollege mit dem
**Almanach** für das Jahr **1917**
**des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes**
Dieser von Th. Leipart im Auftrage des Verbandsvorstandes herausgegebene, bei allen Verbandskollegen so sehr beliebte Taschenkalender erscheint jetzt im 18. Jahrgang. Trotz der Schwierigkeiten während des Krieges ist auf den Inhalt und die Ausstattung auch in diesem Jahre wieder die altgewohnte Sorgfalt verwendet worden. Die überaus hohen Papierpreise zwingen jedoch, auch den Verkaufspreis für den Almanach für Mitglieder von 50 Pf. auf 60 Pf., für Nichtmitglieder von 1 Mk. auf 1,20 Mk. zu erhöhen. Dafür wird jedoch diesmal jedem Exemplar ein guter Bleistift beigegeben.
**Wir liefern solange der Vorrat reicht** und bitten umgehend zu bestellen.
Die Verlagsanstalt,
Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

**Werkzeug-Neuheiten.**
Preislisten gratis und franko!
**Otto Borgmann, Berlin SO., Oppelnerstr. 31.**

**Praktisches Geschenk für Gesellen und Lehrlinge!**
Wir empfehlen:
**Fachblatt für Holzarbeiter**
**Jahrgang 1916. Elegant gebunden 6,50 Mk. bei portofreier Lieferung.**
Die abgeschlossenen Jahrgänge besitzen dauernden Wert und eignen sich besonders zu Geschenkzwecken. Vorrätig sind noch die Jahrgänge 1907 bis 1909 und 1912 bis 1915.
**Preis pro Jahrgang 5,50 Mk.**
**Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO. 16.**

**Fachblatt-Abonnemen**
An die Zahlstellenverwaltungen richte wir das dringende Ersuchen, den Bedar an **Fachblatt für das 1. Quartal 191** so bald als möglich uns mitzuteilen, da mit die Lieferung des Januarheftes recht zeitig erfolgen kann. Neue Abonnente können die Jahrgänge 1907 bis 190 und 1911 bis 1916 nachbeziehen.
**Verlagsanstalt des Deutsche Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H**
**Berlin SO. 16 ✦ Am Köllnischen Park**

**Wer sich zum Redner ausbilden wil**
dem ist als grundlegende Schrift sehr zu empfehlen:
**Referenten-Führe**
**Von E. David. :: Preis 1,50 Mark**
Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Berlin SO. 16


Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. in Berlin SO. 16.